



forumZFD

MAGAZIN



Meinung

Asylpolitik: Europas Schande

Thema

Wohin steuert unsere Welt?

Friedenspolitik

Frieden gibt es nicht umsonst!

Reportage

Jordanien: Von der Klippe auf den Gipfel

Was Sie in diesem Heft erwartet

4 In eigener Sache

5 Friedenspolitik

6 Meinung

Europas Schande

Ein Plädoyer für mehr
Menschlichkeit in der Asylpolitik



8 Thema

Wohin steuert unsere Welt?

Die Rolle der Vereinten Nationen
für Frieden und Gerechtigkeit



12 Im Gespräch

„Vielfalt ist nicht selbstverständlich“

Staatssekretär Sven Lehmann zum
neuen Demokratiefördergesetz



14 Im Fokus

16 Reportage

Von der Klippe auf den Gipfel

Ein Theaterprojekt in Jordanien hilft
Jugendlichen auf ihrem Lebensweg



20 Was uns Hoffnung macht

22 Akademie

24 Rätsel & Rezept

26 Spenden

Über das forumZFD

Wir im forumZFD unterstützen Menschen in gewaltsamen Konflikten auf dem Weg zum Frieden. Unsere Organisation wurde im Jahre 1996 von Friedens- und Menschenrechtsgruppen gegründet – als Reaktion auf die Balkankriege. Seitdem setzen wir uns für die Überwindung von Krieg und Gewalt ein.

Heute arbeiten wir zusammen mit Friedensberater*innen in Deutschland und zwölf weiteren Ländern in Europa, dem Nahen Osten und Südostasien. Ohne eine gute Ausbildung wäre unsere professionelle Arbeit in Konflikten nicht möglich. Diese bietet unsere Akademie für Konflikttransformation für Menschen in der internationalen Friedensarbeit an. Mit Kampagnen, Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit setzen wir uns aktiv für eine zivile Friedenspolitik ein.

Die Bundesregierung hat uns als Trägerorganisation des Zivilen Friedensdienstes anerkannt. Wir sind Unterzeichner der Initiative Transparente Zivilgesellschaft. Unsere Arbeit finanzieren wir über öffentliche und private Zuschüsse, Spenden und Mitgliedsbeiträge.

Das forumZFD erhielt 1997 den Gustav-Heinemann-Bürgerpreis, 2005 den Göttinger Friedenspreis, 2014 den Friedenspreis Sievershäuser Ermutigung und 2022 den Versöhnungspreis der Klaus Jensen Stiftung.

Impressum

Herausgeber: Forum Ziviler Friedensdienst e. V.,
Am Kölner Brett 8, 50825 Köln
E-Mail: kontakt@forumZFD.de
Internet: www.forumZFD.de
Telefon: 0221 – 91 27 32-0

Redaktion: Christoph Bongard (V.i.S.d.P.),
Petra Gramer, Merle Jakobus, Hannah Sanders
Gestaltung: www.sonja-kleffner.de
Lektorat: www.lektorat.koeln

Fotos ohne Angaben: © forumZFD
Auflage: 5.000 Stück
Gedruckt auf FSC-zertifiziertem Offset-Papier.



Zum Titel

Unser Titelbild zeigt die syrische Schwimmerin Sara Mardini bei einem Auftritt im Rahmen der Premierentour zum Film ‚Sara Mardini – Gegen den Strom‘ Anfang des Jahres in Köln.

Sara Mardini war Profi-Schwimmerin und floh 2015 vor dem Krieg in Syrien. Auf ihrer Flucht bewahrt sie zusammen mit ihrer Schwester Yusra 18 Menschen vor dem Ertrinken. Die Geschichte macht auf der ganzen Welt Schlagzeilen.

Im Jahr 2018 wird Sara aufgrund ihres ehrenamtlichen Engagements für Geflüchtete auf der griechischen Insel Lesbos verhaftet. Der Vorwurf: Menschenhandel. Nach vier Monaten in einem Hochsicherheitsgefängnis wird sie auf Kautionsfreilassung und wartet seitdem auf ihre Verhandlung.

Die Filmemacherin Charly W. Feldman hat Sara über vier Jahre hinweg begleitet. Ihr Film ist unter anderem in der Mediathek von Arte verfügbar (URL gekürzt):
<https://tinyurl.com/32tzkfhz>



Liebe Leserin, lieber Leser,

angesichts der vielen Kriege und Konflikte weltweit fällt es manchmal schwer, die Hoffnung auf eine friedlichere Zukunft nicht zu verlieren. In dieser Magazinausgabe möchten wir daher zusammen mit Ihnen einen Blick in die Glaskugel werfen:

Was wird der Zukunftsgipfel der Vereinten Nationen im nächsten Jahr bringen? Kann hier eine neue Agenda für den Frieden entstehen? Diesen Fragen geht der Themenartikel nach.

Auch die jungen Schauspieler*innen in Jordanien, die unsere Reportage begleitet, blicken in die Zukunft – und zwar in ihre eigene. Heranwachsen ist nicht einfach in einem Land, in dem es an Perspektiven und Entfaltungsmöglichkeiten für junge Menschen fehlt. Daher unterstützt das forumZFD ein Theaterprojekt, das Jugendlichen dabei hilft, ihren Weg zu finden.

Sehr konkrete Zukunftsvorstellungen haben wir für den Bundeshaushalt: Wir sind überzeugt, dass in den kommenden Jahren viel mehr Geld in die Friedensförderung investiert werden muss. Mit einer Protestaktion vor dem Bundestag verleihen wir dieser Forderung am 6. September Nachdruck.

Um es frei nach John Lennon zu sagen: Vielleicht sagen manche, wir seien Träumer*innen. Aber wir hören nicht auf, von einer friedlicheren Zukunft zu träumen – und ganz konkret daran zu arbeiten. Sie auch?

Ich wünsche Ihnen eine inspirierende Lektüre.

Hannah Sanders

Hannah Sanders
Referentin für Öffentlichkeitsarbeit

Wir trauern um Betty

In Erinnerung an Bettina Adamczyk,
Projektmanagerin des forumZFD in den Philippinen

Unsere liebe Kollegin Betty ist Anfang Juli nach kurzer, schwerer Krankheit plötzlich verstorben. Wir alle sind zutiefst betroffen und unsere Gedanken sind bei ihrer Familie, ihren Freund*innen und unserem Team in den Philippinen, wo Betty gearbeitet hat. Das Team hat folgende Worte des Abschieds verfasst:

Betty kam Ende Januar 2020 in den Philippinen an und fand sich schnell in das Projektteam in Butuan ein. Sie brachte nicht nur ihr Organisations-talent und ihren großen Wissens-schatz mit, sondern auch Sonnen-schein, Lachen und eine schier unerschöpfliche positive Energie. Eine echte Powerfrau! Immer nahm sie sich Zeit für ihre Kolleg*innen, stand ihnen mit Rat und Tat zur Seite und saß auch gerne am Küchentisch, um gemeinsam zu essen, zu scherzen und zu plaudern. Bei einer Gelegen-heit probierte sie sogar Kokosnuss- baum-Larven, die ein Partner als lokale Delikatesse mitgebracht hatte – stets voller Einsatz!

Ihre Motivation kam aus tiefstem Herzen. Sie war eine Person, die nicht einfach nur ihre Arbeit gut

machen wollte – sie wollte sie aus den richtigen Gründen machen. Sie setzte sich immer dafür ein, was sie für richtig hielt, und nahm nichts einfach so hin.

Es ist uns unendlich schwergefallen, diese Zeilen zu schreiben. Eine Person in Worte zu fassen, die so voller Leben war, die bereits so ein erfülltes Leben hinter sich hatte und gleichzeitig noch so viele Jahre hätte vor sich haben sollen. Der Versuch, Betty in ihrer ganzen Lebensenergie zu Papier zu bringen, wird ihr nicht gerecht. Sie war gütig, selbstlos, witzig, kämpferisch, leidenschaftlich und prinzipientreu.

In der Woche, bevor sie von uns gegangen ist, war das ganze Team für einen zehntägigen Workshop



zusammengekommen. Als Teil einer Teambuilding-Übung haben wir ein Spiel gespielt, bei dem wir „alberne Rennen“ laufen sollten. Bettys Aufgabe war es, sich die ganze Strecke lang im Kreis zu drehen. Auf einem Video dieser Szene sehen wir sie, wie sie sich um sich selbst dreht, die Augen geschlossen, lächelnd und tanzend, nicht die Spur einer Sorge im Gesicht, ein Moment purer Freude. Betty hat eine unendlich schmerz-hafte Lücke in unseren Herzen hinterlassen. Wir hoffen, dass wir sie mit der Zeit ganz mit Erinnerungen wie dieser füllen können. ■

Herzlichen Dank!

Im letzten Jahr erhielten wir Spenden in Höhe von fast 704.000 Euro. Wir danken von Herzen allen, die zu dieser hohen Summe beigetragen haben! Ein besonderer Dank geht an unsere fast 870 Förder*innen, die mit einer regelmäßigen Spende unsere Arbeit absichern, sowie an

die fast 600 Menschen und Einrichtungen, die uns 2022 erstmals eine Spende anvertrauten.

Dringend gebraucht wurden die Spenden in der Ukraine. Aber auch für unsere Friedensbildungsarbeit an deutschen Schulen waren sie

unverzichtbar, ebenso wie für unsere politische Arbeit und Kampagnen, mit denen wir uns für mehr Investitionen in Frieden und Entwicklung einsetzten.

Alle wichtigen Informationen zur Entwicklung des forumZFD im Jahr 2022 veröffentlichen wir in unserem Geschäftsbericht, den Sie ab dem 15. September hier herunterladen können: www.forumZFD.de/geschaeftsbericht ■

Herz © freepik.com

Frieden gibt es nicht umsonst!



Protestaktion vor dem Bundestag am 6. September

Seit einem Jahr setzen wir uns gemeinsam mit mehr als 40 Organisationen und Initiativen mit der Kampagne „Deutschlands zivile Friedensfähigkeiten stärken“ für mehr Mittel für zivile Friedensarbeit ein. Denn seit der von Bundeskanzler Scholz ausgerufenen sicherheitspolitischen Zeitenwende wird vor allem mehr Geld fürs Militär ausgegeben. Gerade hat sich die Bundesregierung darauf verständigt, dass im nächsten

Jahr nur der Verteidigungsetat steigen soll. Bei ziviler Krisenprävention, humanitärer Hilfe und Entwicklung soll hingegen deutlich gekürzt werden.

Doch das letzte Wort hat der Bundestag. Deshalb wenden wir uns am 6. September mit einer Protestaktion an die Abgeordneten. An diesem Tag findet voraussichtlich die erste Lesung der Etats für Außenpolitik, Entwicklung und Verteidigung statt.

Alle Informationen finden Sie unter www.forumZFD.de/friedenstarkmachen



So können Sie die Kampagne unterstützen:

Kommen Sie zur Protestaktion

Die Protestaktion findet am **6. September um 9:30 Uhr auf der Wiese vor dem Bundestag** statt. Wenn Sie kommen möchten, schreiben Sie bitte eine E-Mail an Hannah Sanders: sanders@forumZFD.de



Kontaktieren Sie Abgeordnete in Ihrem Wahlkreis

Sprechen oder schreiben Sie Ihre Abgeordneten an. Briefvorlagen und Aktionsmaterial zum Bestellen finden Sie online auf unserer Aktionsseite.

Spenden Sie für die Aktion

Auch diese Kampagne gibt es nicht umsonst. Mit 10 Euro spenden Sie zwei Aktionspakete, 200 Euro brauchen wir für die Anreise nach Berlin für ein Mitglied unseres Kampagnenteams, 1.000 Euro wird das große Aktionsbanner kosten.

Spenden Sie online auf unserer Aktionsseite oder an:

GLS Gemeinschaftsbank eG
IBAN: DE90 4306 0967 4103 7264 00
Stichwort: Protestaktion

Europas Schande

Ein Plädoyer für mehr Menschlichkeit in der Asylpolitik

„Das ist ein historischer Erfolg“, verkündete Innenministerin Nancy Faeser am 8. Juni, nachdem sich der Rat der Europäischen Union auf eine Reform des Gemeinsamen Asylsystems geeinigt hatte. Aber leider ist dieser Jubel völlig deplatziert. Historisches Versagen wäre treffender. Denn die Reform nimmt keine Kurskorrektur an dem himmelschreienden Unrecht vor, das seit Jahren an den EU-Außengrenzen Realität ist. Vielmehr wird damit die bisherige Praxis zementiert.

Noch ist das letzte Wort nicht gesprochen, noch muss das EU-Parlament zustimmen. Doch sollte die Reform in der aktuellen Fassung rechtskräftig werden, dann ist nicht zu erwarten, dass die vielfach dokumentierten Menschenrechtsverletzungen – etwa durch die von der EU aufgerüstete libysche Küstenwache – beendet werden. Es wird weiterhin rechtswidrige Pushbacks geben, bei denen europäische Polizei- und Sicherheitskräfte Schutzsuchende auf See oder an Land zurückdrängen. Zivile Seenotrettung wird weiterhin kriminalisiert werden. Geflüchtete werden weiter an den EU-Außengrenzen faktisch inhaftiert, auf die Gefahr hin, dass viele neue Lager wie Moria entstehen.

Was genau beinhaltet der vermeintliche „Durchbruch“ – Zitat Kanzler Scholz –, den der Rat erzielt hat? An den Außengrenzen sollen Geflüchtete künftig ‚vorsortiert‘ werden. Menschen aus Ländern, deren Anerkennungsquote im EU-Schnitt unter 20 Prozent liegt, müssten in ein Schnellverfahren und hätten kaum noch Chancen, individuelle Fluchtgründe vorzubringen. Die Darstellung von deutschen Regierungsmitgliedern, dass Menschen aus Ländern wie Syrien oder Afghanistan davon



Kinder in Moria: Das Lager für Geflüchtete auf der griechischen Insel Lesbos wurde zum Symbol für die inhumane Asylpolitik der EU.

© Thomas Andre Syvertsen, IFRC, CC BY-NC-ND 2.0

nicht betroffen seien, ist schlichtweg falsch. Denn auch ihnen droht ein Schnellverfahren, wenn sie über einen ‚sicheren Drittstaat‘ einreisen. Die Definition solcher Staaten würde durch die Reform deutlich ausgeweitet. Es ist jedoch fragwürdig, wie sicher zum Beispiel die Türkei ist, wo im Präsidentschaftswahlkampf sowohl Amtsinhaber als auch Herausforderer angekündigt haben, syrische Geflüchtete massenhaft zurückzuschicken. Es scheint, als wäre das Ziel der Schnellverfahren,

möglichst viele Menschen schon an den Außengrenzen abzuweisen.

Diese Reform macht Europa nicht solidarischer.

Die Reform würde Europa auch nicht solidarischer machen, wie Befürworter*innen behaupten. Die EU-Staaten an den Außengrenzen würden nicht entlastet, da sie weiterhin allein für

die Asylverfahren verantwortlich sind. Die Aufnahme von Geflüchteten, deren Antrag Erfolg hat, bliebe freiwillig – Mitgliedstaaten könnten sich davon ‚freikaufen‘, indem sie einen finanziellen Ausgleich leisten. Und nicht einmal dazu sind die aktuellen Regierungen in Polen und Ungarn bereit, die bei der Entscheidung im Rat überstimmt wurden und weiter blockieren werden, wo immer sie können. Darüber hinaus deckt der Verteilmechanismus in keiner Weise den Bedarf: 30.000 Plätze sind vorgesehen, knapp 900.000 Menschen stellten 2022 einen Erstantrag auf Asyl. Es ist also absehbar, dass das unwürdige Gezerre darüber, wer wie viele Menschen aufnimmt, weitergeht.

Höhere Mauern schrecken verzweifelte Menschen nicht ab.

Solange die EU sich in der Asylpolitik nicht einig wird, bleibt sie erpressbar. Schon jetzt buckeln europäische Regierende vor autoritären Regimen in ihrer Nachbarschaft, damit diese doch bitte, bitte die ungewollten Geflüchteten zurücknehmen. Und wann immer es Diktatoren wie dem belarussischen Präsidenten Lukaschenko gefällt, schieben sie Menschen wie Schachfiguren an die Grenzübergänge und lachen sich vermutlich ins Fäustchen, wenn in der EU das gewünschte Chaos ausbricht. In diese Malaise hat sich Europa selbst manövriert.

Die Ampelkoalition hatte sich eine humanere Asylpolitik auf die Fahnen geschrieben. Davon ist nach der deutschen Zustimmung im Rat nicht mehr viel übrig. Die Bundesregierung konnte sich mit ihrer Forderung, die Reform wenigstens abzumildern, nicht durchsetzen. Lamentieren über die eigenen Bauchschmerzen mit dem Kompromiss ist für die Menschen, um deren Schicksal es geht, kein Trost. Dass das



© Stephen Ryan, IFRC, CC BY-NC-ND 2.0

Eine Szene aus Griechenland: Geflüchtete leben in Zelten, da sie keine andere Bleibe haben.

EU-Parlament im weiteren Gesetzgebungsverfahren nachbessert, wie es aus der Ampel nun optimistisch tönt, erscheint angesichts der dortigen politischen Kräfteverhältnisse utopisch. Mehr als Schönheitskorrekturen sind nicht drin.

Ein Dreivierteljahr vor der Europawahl müssen wir uns daher die Frage stellen: Welches Europa wollen wir? Es braucht jetzt breiten gesellschaftlichen Protest gegen eine EU, die sich mit Zäunen und Stacheldraht die Welt vom Leib zu halten versucht. Abschottung funktioniert weder in den USA noch in Europa. Höhere Mauern schrecken verzweifelte Menschen nicht ab. Sie treiben sie nur auf immer gefährlichere Fluchtrouten.

Es steht völlig außer Frage: Das EU-Asylrecht muss reformiert werden. Aber eine Einigung um jeden Preis ist keine Lösung. Die europäischen Regierungen lassen sich in ihrem derzeitigen Kurs von sicherheitspolitischen Interessen leiten. Dieser Abschottungskurs geht Hand in Hand mit einer immer stärkeren Aufrüstung. Bei den Ausgaben für Frieden, Entwicklung und humanitäre Hilfe setzen Deutschland und die EU dagegen den Rotstift an.

Was dabei außer Acht gerät: Das Problem sind nicht die Fliehenden, sondern die Konflikte und die Gewalt, die sie zwingen, ihre Heimat zu verlassen. Krieg und die Folgen des Klimawandels sind zentrale Ursachen für Flucht. Hier müssen wir

ansetzen. Wir müssen eine klügere und weitsichtigere Politik einfordern, die gewaltfreie Konfliktlösung, Entwicklung, globale Gerechtigkeit und Klimaschutz fördert, damit weniger Menschen den einzigen Ausweg aus ihrer Not in einer lebensgefährlichen Flucht sehen.

Und noch etwas: Aus unseren Friedensprojekten wissen wir, wie wichtig es ist, den Opfern von Krieg und Gewalt ein Gesicht zu geben. Hinter jeder Zahl steht ein Schicksal, eine Geschichte. Hinter jeder Zahl stehen Angehörige, die einen geliebten Menschen verloren haben. Wir haben uns aber so sehr an das Sterben im Mittelmeer und anderswo gewöhnt, dass selbst Nachrichten wie die von der Bootskatastrophe Mitte Juni, als vor der griechischen Küste fast 600 Menschen ertranken, nach wenigen Tagen aus den Schlagzeilen verschwinden. Lasst uns im allgemeinen Medienrummel diejenigen nicht vergessen, die sich in der Hoffnung auf ein Leben in Frieden und Würde auf den Weg nach Europa gemacht haben. Und dabei gestorben sind.

Wir müssen eine klügere Politik einfordern, die Frieden und Entwicklung fördert.

Alexander Mauz ist Vorstandsvorsitzender des forumZFD.



Wohin steuert unsere Welt?

Die Rolle der Vereinten Nationen für Frieden und Gerechtigkeit

Von Merle Jakobus

Vor genau 50 Jahren traten die beiden deutschen Staaten den Vereinten Nationen bei. Für die Nachfolgestaaten von Nazi-Deutschland bedeutete dieser Schritt die (Wieder-)Aufnahme in die Weltgemeinschaft. Im Laufe der Jahre haben die Vereinten Nationen immer wieder wegweisende Vereinbarungen zur Wahrung der Menschenrechte und des Friedens getroffen. Doch um den heutigen Herausforderungen gerecht zu werden, müssen sich die UN verändern. 2024 findet dazu ein Zukunftsgipfel statt, den Deutschland gemeinsam mit Namibia leitet. Auch eine neue Friedensagenda soll bei dem Gipfel verabschiedet werden. Wird es gelingen, das Bündnis der Staaten-gemeinschaft neu aufzustellen? Können die Vereinten Nationen in Zukunft wieder eine stärkere Rolle für globalen Frieden einnehmen?

© Colin Behrens, Pixabay

Als im Februar 2022 kurz nach Einmarsch der russischen Truppen in die Ukraine der UN-Sicherheitsrat durch das russische Veto blockiert wurde, war die Kritik aus Politik und Zivilgesellschaft groß. Wie konnte es sein, dass ausgerechnet die Weltorganisation, deren wichtigste Aufgabe die Wahrung des Friedens ist, in einer solchen Situation scheinbar völlig handlungsunfähig war? Blockaden des Sicherheitsrats durch eine oder mehrere der fünf Vetomächte hatte es zwar schon häufiger gegeben. Dieses Mal waren die Zweifel an der Wirkmächtigkeit der UN jedoch besonders groß. Auch Angela Kane, eine ehemalige hochrangige deutsche UN-Diplomatin, findet: „Der UN-Sicherheitsrat ist vollkommen zersplittert.“ Die



Angela Kane war von 2012 bis 2015 Hohe Repräsentantin der UN für Abrüstungsfragen.

Die fünf Vetomächte sind Russland, China, Großbritannien, Frankreich und die USA. Als Staaten, die als mächtigste aus dem Zweiten Weltkrieg hervorgegangen waren, hatten sie bei der Gründung der UN das Vetorecht erhalten. Sie sind außerdem ständige Mitglieder des UN-Sicherheitsrats. Hinzu kommen zehn rotierende Mitgliedstaaten ohne Vetorecht, die für jeweils zwei Jahre in das Gremium gewählt werden.

In Zeiten zunehmender internationaler Spannungen, der Klimakrise und vieler

weiterer globaler Herausforderungen stehen die Vereinten Nationen und somit der Multilateralismus unter Druck. Wissenschaftler*innen sprechen von einer globalen „Polykrise“. Man könnte meinen, dass ein Staatenverbund wie die UN besonders effektiv mit solchen grenzüberschreitenden Krisen umzugehen wissen sollte. Oft scheint jedoch eher das Gegenteil der Fall zu sein. Konsensentscheidungen zu treffen und Kompromisse zu finden, ist mit insgesamt 193 Mitgliedstaaten meist mühselig und langwierig. Dazu kommt, dass viele Staaten großen Wert auf ihre nationalen Interessen legen. Einzelinteressen verhindern dadurch regelmäßig die Verabschiedung notwendiger Beschlüsse. Fachleute sind sich einig: Es muss sich etwas ändern.

Doch wie könnte eine solche Reform aussehen? Gerade zu der Frage, wie der Sicherheitsrat reformiert werden kann, gibt es zahlreiche Vorschläge. Zentrale Aspekte in der Debatte sind das Vetorecht und die Zahl der nicht ständigen Mitglieder. Großbritannien kündigte vor kurzem an, sich für eine umfassende Reform des UN-Sicherheitsrates einsetzen zu wollen. Solche Reformen erfordern allerdings meist auch eine Änderung der UN-Charta, dem Gründungsvertrag der Weltorganisation. Die Umsetzung ist also nicht einfach.

Jens Martens ist Geschäftsführer des Global Policy Forum Europe, einer gemeinnützigen Organisation, die sich kritisch mit den Aktivitäten der Vereinten Nationen auseinandersetzt und multilaterale Prozesse analysiert. Er glaubt, dass in Anbetracht des geopolitischen Geschehens aktuell nicht die Zeit für strukturelle Veränderungen sei. Neben grundlegenden strukturellen Reformen schlagen Fachleute daher auch Veränderungen vor, die vor allem die interne Arbeitsweise der UN betreffen und diese effizienter machen sollen. Solche Maßnahmen seien aktuell eher passend und umsetzbar, glaubt Martens.



Jens Martens ist Geschäftsführer des Global Policy Forum Europe.

Zeit für mehr als nur „symbolische Politik“

Um den Multilateralismus für aktuelle und künftige Herausforderungen besser zu wappnen, ist im September 2024 ein Zukunftsgipfel geplant. Gemeinsam mit Namibia leitet Deutschland den Gipfel. Für die Bundesrepublik ist das die Chance, eine proaktivere und kohärentere deutsche UN-Politik einzuleiten. Die Moderationsrolle ermöglicht es der Bundesrepublik, Themen zu setzen und die Verhandlungen zu leiten – insbesondere zwischen den Staaten des Globalen Südens, den USA und Europa. Eine solche Aufgabe erfordere großes diplomatisches Geschick, weshalb die Entwicklung des Zukunftsgipfels stark von den beiden Verhandlungsführer*innen abhängt, sagt Jens Martens.



Die Generalversammlung der Vereinten Nationen: 193 Mitgliedstaaten sind hier vertreten. Kompromisse zu finden, ist oft mühselig und langwierig.

© UN Photo, Manuel Elias

Er ist sich außerdem sicher, dass Deutschlands Auftreten große Auswirkungen auf andere UN-Mitgliedstaaten haben wird. Deutschland müsse das Vertrauen der Länder des Globalen Südens zurückgewinnen, so Martens. Dazu dürfe die Bundesrepublik nicht fordern, was sie selbst nicht einhalte. „Deutschland darf nicht bloß mit symbolischer Politik auftreten, sondern muss konkrete Initiativen anstoßen“, fordert der Geschäftsführer des Global Policy Forum Europe.

Die Ausgangslage für den Zukunftsgipfel sei allerdings nicht einfach, erklärt die ehemalige UN-Diplomatin Angela Kane. Die Idee für den Gipfel geht auf einen Bericht zurück, den UN-Generalsekretär António Guterres 2021 vorgelegt hatte: Unter der Überschrift „Our Common Agenda“ äußerte er sich zur Zukunft des Multilateralismus. Allerdings war dieser Bericht nicht mit den Mitgliedstaaten abgestimmt worden. Einige Staaten äußerten bereits Kritik und Zweifel an den Vorschlägen des Generalsekretärs. Gerade in den Bereichen Sicherheit und Wirtschaft wollen die Mitgliedstaaten ungenutzte Souveränität und Befugnisse an die UN abgeben. Diese Herausforderung für die Verhandlungsführenden müsse berücksichtigt werden, merkt Angela Kane an. Auch weil es eine Vielzahl an Arbeitsgruppen gibt, die mit verschiedenen Aspekten der Konsensfindung beauftragt sind, ist die Aufgabe der Bundesrepublik als Ko-Verhandlungsführerin schwierig. Sie hofft, dass es letztlich möglich sein wird, eine Erklärung zu vereinbaren, die wirklich Substanz hat. Viel hängt wohl aber auch vom geopolitischen Geschehen im nächsten Jahr ab.

Hoffnungsschimmer: Eine neue Friedensagenda

Ein Ergebnis des UN-Zukunftsgipfels soll eine neue „Agenda für den Frieden“ sein. Damit soll die ursprüngliche Agenda von 1992 gestärkt werden. Diese hatte

© UN Photo, Herod Abdel Ghany

der damalige UN-Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali anlässlich der globalen Umbrüche veröffentlicht: Durch das Ende des Kalten Krieges hatte sich der Handlungsrahmen der Weltpolitik spürbar verändert. Die Art, wie mit gewaltvollen Konflikten und Kriegen umgegangen wurde, war im Wandel. Die Agenda klärte daher nicht nur zentrale Begrifflichkeiten wie Friedenssicherung, -sicherung und -konsolidierung, sondern

UN-Fahrzeuge auf dem Weg zu einer Inspektion in Syrien: Die Wahrung des Friedens ist die wichtigste Aufgabe der Weltorganisation, aber die Herausforderungen in der Praxis sind enorm.

beeinflusste auch das gesellschaftliche Grundverständnis von Frieden ganz wesentlich. Teil dessen ist der Gedanke, dass gewaltvolle Konflikte nur mit internationaler Unterstützung ganzheitlich bearbeitet werden können. Auch auf nicht-staatliche Akteur*innen ist die Weltgemeinschaft dabei angewiesen.

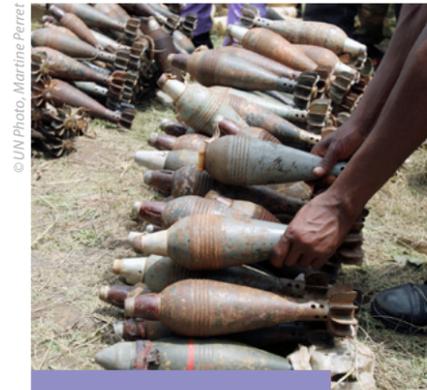
In Anbetracht der gegenwärtigen geopolitischen Lage gebe es den großen Bedarf, dass die UN eine stärkere Rolle im Bereich Frieden einnehmen, so Jens Martens. Die UN müssten Vermittler und ein Forum für Verhandlungen sein. Zusammen mit anderen Organisationen hat das Global Policy Forum Europe konkrete Verhandlungsvorschläge für den Zukunftsgipfel veröffentlicht. Besonders bei Sicherheitsfragen müsse mehr Verantwortung an die UN-Generalversammlung abgegeben werden. Dadurch sollen Blockaden durch einzelne Staaten verhindert werden.

Dennoch sind einige Fachleute unschlüssig, was die neue Agenda beinhalten wird und leisten kann. Das liegt auch daran, dass bis Mitte Juli 2023 noch keine genaueren Inhalte veröffentlicht wurden, obwohl das bereits hätte geschehen sollen. Zentral wird aller Wahrscheinlichkeit nach das Thema Abrüstung sein. In der Publikation des Global Policy Forum Europe fordern die Expert*innen eine jährliche Senkung der Militärausgaben um je zwei Prozent. Die Ersparnisse sollten in die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele und in Friedensförderung investiert werden.

Angela Kane, die als Hohe Repräsentantin der UN für Abrüstungsfragen zuständig war, wünscht sich, dass die politische Arbeit der UN wieder präsenter wird. In letzter Zeit habe man sehr wenig mitbekommen, so Kane. „Die Menschen müssen merken, dass da etwas unternommen wird, dass da versucht wird, zu schlichten und einzugreifen“, betont sie. Der Multilateralismus müsse stärker unterstützt und vor allem wertgeschätzt werden. Dass das aktuell nicht der Fall ist, bedauert sie sehr.

Die globalen Nachhaltigkeitsziele – ferner denn je?

Auch mit Blick auf Nachhaltigkeit stehen die Vereinten Nationen vor einer großen Herausforderung. Im Jahr 2015 hatten die Mitgliedstaaten die Agenda 2030 verabschiedet. Diese umfasst 17 globale Ziele für nachhaltige Entwicklung, die sogenannten SDGs (Sustainable Development Goals). Die Agenda beinhaltet ökologische,



Hier überwachen UN-Einsatzkräfte, wie Kämpfer*innen im afrikanischen Burundi freiwillig ihre Waffen abgeben.



17 Ziele für nachhaltige Entwicklung will die Weltgemeinschaft bis 2023 erreichen – aber dafür muss noch viel passieren.

ökonomische sowie soziale Aspekte. Konkret sind das beispielsweise der Klimaschutz, die Bekämpfung von Hunger und Armut, aber auch der stärkere Einsatz für Frieden und Gerechtigkeit. Alle UN-Staaten haben sich verpflichtet, sich an der Erfüllung der Ziele zu beteiligen. Die Staatenorganisation ist der Meinung, dass eine solche nachhaltige Entwicklung nur gemeinsam erreicht werden kann.

Das Jahr 2023 kennzeichnet nun die Halbzeit bis zur Erreichung der Nachhaltigen Entwicklungsziele. Beim Lesen aktueller Schlagzeilen wirken diese Ziele jedoch ehrgeizig und fern. Der SDG-Bericht des UN-Generalsekretärs zeigt, dass bei der Mehrzahl der Ziele keine Fortschritte erreicht wurden; teilweise sogar Rückschritte. Bei lediglich zwölf Prozent aller Indikatoren befinden sich die UN demnach auf Kurs. Um das weitere Vorgehen zu besprechen, findet noch dieses Jahr im September ein SDG-Gipfel statt. Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze betont, dass die SDGs eine globale Errungenschaft sind und einen unverzichtbaren Kompass für das Handeln der Weltgemeinschaft darstellen. Doch einsteht fest: Um die Ziele zu erreichen, muss viel und vor allem schneller etwas geschehen.

Der SDG-Gipfel ist deshalb ein Ort, um über diese Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit zu sprechen. Laut Jens Martens muss es vor allem in drei Bereichen Veränderungen geben. Das sei erstens die institutionelle Stärkung im Bereich Nachhaltige Entwicklung. Während beispielsweise der Sicherheitsrat 200 Tage im Jahr tagt, stehen dem Gremium, das für Nachhaltigkeitsfragen zuständig ist, bloß acht Tage zur Verfügung. Fachleute

fordern schon seit Jahren, dieses Gremium zu einem Rat für nachhaltige Entwicklung aufzuwerten.

Zweitens müsse Nachhaltigkeitspolitik zur Priorität werden, so Martens. In vielen Ländern seien Fragen der Nachhaltigkeit nach wie vor der Wirtschafts- und Finanzpolitik untergeordnet. Nachhaltigkeitsstrategien seien oft nur ein Papier neben vielen weiteren. Martens stellt klar, dass es ohne eine solche Priorisierung keine signifikanten Fortschritte bei der Erreichung der SDGs geben wird. Und drittens stelle sich noch die Frage der Finanzierung. Neben privaten Investitionen seien vor allem mehr Gelder aus öffentlichen Mitteln nötig. Den Entwicklungsetat zu kürzen, wie es aktuell in Deutschland diskutiert wird, sei ein Signal in die falsche Richtung, meint Martens.

Zusammenarbeit auf Augenhöhe

Trotz all dieser Herausforderungen besteht kein Zweifel daran, dass die Vereinten Nationen eine einzigartige Organisation sind. Das Zusammenkommen von 193 Staaten stellt eine enorme Chance dar, die jedoch besser genutzt werden muss. Jens Martens wünscht sich, dass die UN wirklich das werden, was sie eigentlich sein sollten: ein Ort, an dem alle Länder auf Augenhöhe zusammenarbeiten. Das ist angesichts der Vergangenheit und der höchst unterschiedlichen ökonomischen und sozialen Verhältnissen alles andere als leicht. Aktuell seien sich die UN-Mitgliedstaaten in vielen Punkten nicht einig, so Angela Kane. Das habe sich beispielsweise bei einer Sondersitzung der UN-Vollversammlung zur Situation in der Ukraine gezeigt: Im Februar 2023 stimmten nur 141 der 193 Mitgliedstaaten für die Resolution, die einen Rückzug der russischen Truppen forderte. „Dieses Ergebnis ist nicht gerade ermutigend. Es scheint fast so, als würden sich die Sünden des Kolonialismus jetzt auf diese Weise bemerkbar machen“, meint Kane. Dennoch sollten sich die Mitgliedstaaten darauf zurückbesinnen, dass sie letztlich den gleichen Herausforderungen unserer Zeit gegenüberstehen. Diesen geeint zu begegnen, müsste daher wohl im Interesse aller sein.

Die Autorin, Merle Jakobus, absolviert derzeit ein Freiwilliges Jahr im politischen Leben (FSJ-P) beim forumZFD.

„Vielfalt ist nicht selbstverständlich“

forumZFD-Interview mit dem Parlamentarischen Staatssekretär Sven Lehmann zum neuen Demokratiefördergesetz

© doreich, Pixabay



© Cornelia Gollhardt

Sven Lehmann ist Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Der Grünen-Politiker setzt sich als Queer-Beauftragter der Bundesregierung für die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in Deutschland ein. Seine Karriere begann der heute 43-Jährige als Kommunalpolitiker im rheinischen Troisdorf.

Die Bundesregierung hat ein neues Gesetz zur Förderung der Demokratie in Deutschland auf den Weg gebracht. Damit sollen zivilgesellschaftliche Projekte und Initiativen unterstützt werden, die sich für eine vielfältige Gesellschaft und gegen Extremismus einsetzen. Wir sprachen darüber mit dem Kölner Bundestagsabgeordneten Sven Lehmann, der den Gesetzesentwurf maßgeblich mitgestaltet hat.

Die Ampelkoalition hat sich vorgenommen, die Demokratieförderung zu stärken, und arbeitet dazu gerade an einem entsprechenden Gesetz und einer neuen Strategie. Was ist der Anlass?

Gerade in der gegenwärtigen Zeit mit ihren Krisen und Herausforderungen ist es eine wichtige Aufgabe, die Demokratie lebendig zu halten, ein respektvolles Zusammenleben in unserer vielfältigen Gesellschaft sicherzustellen und sich gegen Radikalisierung und Gewalt zu engagieren. Und es ist wichtig, die

Menschen zu motivieren und zu befähigen, sich kritisch mit politischen und gesellschaftlichen Fragen auseinanderzusetzen und aktiv am politischen Leben teilzunehmen. Im Koalitionsvertrag haben wir deshalb beschlossen, die vielfältige und demokratische Zivilgesellschaft zu unterstützen. Dafür hat die Bundesregierung den Entwurf eines Demokratiefördergesetzes vorgelegt.

Demokratie lässt sich nicht verordnen, lautet eine Kritik. Wozu braucht es aus Ihrer Sicht dennoch ein solches Gesetz?

Das Gesetz stellt die Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung, Extremismusprävention und politische Bildung auf eine fachgesetzliche Grundlage. Mit dem Gesetz verpflichtet sich der Bund erstmals und ausdrücklich, hier aktiv zu sein. Wir erleben doch täglich, wie unsere Gesellschaft von Rechtspopulist*innen und durch gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit herausgefordert wird. Da sind eine kontinuierliche Präventionsarbeit und planbares Engagement wichtig. Das Demokratiefördergesetz bildet dafür eine gute Grundlage. Und weil es entwicklungsorientiert gestaltet ist, stellen wir sicher, dass auch neue Formen von Menschen- und Demokratiefeindlichkeit adressiert werden können. Das Gesetz ist auch ein wichtiges politisches Signal: Der Bund erkennt die wertvolle Arbeit von Vereinen, Initiativen und Organisationen an, die sich täglich für Demokratie und Vielfalt und gegen Menschenfeindlichkeit einsetzen, an. Zivilgesellschaftliches Engagement für Demokratie und Vielfalt ist nicht selbstverständlich, umso wichtiger sind gesetzlich festgelegte Rahmenbedingungen.

Schon jetzt gibt es Programme und Initiativen für politische Bildung und die Förderung der Demokratie. Was ändert sich mit dem neuen Gesetz?

Das Demokratiefördergesetz ist auf die Verstärkung der Förderung ausgerichtet. Der Bund sichert die Finanzierung von Maßnahmen der Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung, Extremismusprävention und politischen Bildung ab. Dabei kann er auch längerfristige Förderungen vornehmen. Der Bund verpflichtet sich durch das Gesetz aber auch ausdrücklich, selbst aktiv zu werden. Dazu kommt: Die Förderung ist bislang überwiegend auf jüngere Zielgruppen begrenzt. Das ist nicht sinnvoll, wir müssen auch Ältere erreichen – und das wird mit dem neuen Gesetz geregelt. Beispielsweise

ist der Glaube an Verschwörungserzählungen in allen Altersgruppen verbreitet.

Im Rahmen unserer Kommunalen Konfliktberatung erleben wir, dass die Herausforderungen unserer Zeit besonders oft in den Kommunen bearbeitet werden müssen. Wie wollen Sie diese im Bereich Demokratieförderung stärken?

Aktuell fördern wir über 350 Partnerschaften für Demokratie auf kommunaler Ebene. Viele Projekte werden seit dem Start des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ im Jahr 2015 durch zivilgesellschaftliche Träger vor Ort umgesetzt. Dabei geht es selbstverständlich auch darum, die lokalen Konflikte zu bearbeiten und die Menschen wieder dazu zu bringen, in Kontakt zu treten und respektvoll miteinander zu reden. „Demokratie leben!“ läuft noch bis Ende 2024. Wir wollen das Bundesprogramm weiterentwickeln und 2025 neu starten. Dann werden auch die Kommunen wieder die Möglichkeit erhalten, Fördermittel zu beantragen.

Der Gesetzesentwurf klingt für uns an vielen Stellen sehr defensiv. Bräuchte es nicht eine konstruktivere Sprache, um Menschen für die Teilhabe an der Demokratie zu begeistern?

Ich denke, der Gesetzesentwurf ist aus gutem Grund so formuliert, dass er die Herausforderungen klar benennt. Auf dieser Grundlage kann dann jedes Ressort in seiner Zuständigkeit eigene Programme entwickeln. In der konkreten Ausgestaltung dieser Programme und insbesondere der einzelnen Maßnahmen durch die Träger geht es natürlich darum, die jeweiligen Zielgruppen angemessen anzusprechen. In vielen Fällen liegt der Fokus darauf, Menschen für Demokratie und Vielfalt zu begeistern.

Die Bundesregierung begleitet das Gesetz mit der Strategie

„Gemeinsam für Demokratie und gegen Extremismus“. Welche Rolle spielt darin die Konfliktbearbeitung? Warum braucht es neben dem Fördergesetz diese Strategie?

Wir haben im Koalitionsvertrag die Entwicklung zweier Strategien vereinbart: Die Strategie gegen Extremismus aus Prävention, Deradikalisierung und effektiver Gefahrenabwehr und die Strategie für gesellschaftlichen Zusammenhalt, Demokratieförderung und Extremismusprävention. Beide Strategien wollen wir zu einer Gesamtstrategie zusammenführen. Der Arbeitstitel lautet: „Gemeinsam für Demokratie und gegen Extremismus – Strategie der Bundesregierung für eine starke, wehrhafte Demokratie und für eine offene und vielfältige Gesellschaft“. Konfliktbearbeitung ist ein zentraler Punkt der Gesamtstrategie. Die Strategie soll aus der Perspektive der Bundesregierung Antworten auf die aktuellen Herausforderungen geben, Instrumente und Lösungsansätze herausarbeiten und deutlich machen, wie diese gestärkt und verzahnt werden können.

Wird das Gesetz dazu führen, dass Projekte in der Demokratieförderung in Zukunft mehr Geld bekommen?

Es wird keinen gesetzlich festgelegten Betrag für die Demokratieförderung geben, da das Haushaltsrecht beim Bundestag liegt. Außerdem ist noch nicht klar, welche Ministerien welche Mittel zur Umsetzung der jeweiligen Programme benötigen. Am Ende trifft das Parlament bei den Haushaltsberatungen eine Entscheidung. Aber natürlich hoffen wir, dass insgesamt ausreichend Mittel über die unterschiedlichen Programme für die Demokratieförderung zur Verfügung stehen werden.

Das Interview führte Piet van Riesenbeck, Koordinator für Öffentlichkeitsarbeit beim forumZFD.

EXPLOSIV

Die Bewegungen des Breakdancers Phongsavath Manithong sind schnell und kraftvoll. Das ist bemerkenswert, denn der 19-Jährige aus Laos ist blind und hat zudem keine Hände mehr. An seinem 16. Geburtstag entdeckte Phongsavath auf dem Weg zur Schule ein merkwürdiges Ding am Straßenrand. Als er es neugierig berührte, explodierte es. Phongsavath verlor Gliedmaßen und Augenlicht. Das Ding war eine Jahrzehnte alte Minibombe, einst abgeworfen als Streumunition im Vietnamkrieg. Noch heute töten und verstümmeln diese unentdeckten Sprengkörper jedes Jahr Dutzende Menschen. ■

Von der Klippe auf den Gipfel

Ein Theaterprojekt in Jordanien hilft Jugendlichen auf ihrem Lebensweg

Von Jana Abdo und Kristin Mehler

Jordanien ist ein Land mit einer jungen Gesellschaft. Über 60 Prozent der Bevölkerung sind unter 30 Jahre alt. Gleichzeitig ist die Jugendarbeitslosenquote extrem hoch: 2022 lag sie bei 36,4 Prozent. Die jordanische Jugend leidet unter der Gesamtsituation im Land. Die große Anzahl Geflüchteter aus den benachbarten Konfliktgebieten und die Knappheit der natürlichen und finanziellen Ressourcen beeinflussen ihre Lebensrealität. Raum für Beteiligung und Kreativität bleibt da kaum. Das will eine Partnerorganisation des forumZFD ändern.

Das Licht ist aus, kein Geräusch ist zu hören. Die Blicke auf die Bühne gerichtet, warten alle darauf, was als Nächstes passiert. Jeder Stuhl ist besetzt, die Luft im Raum knistert vor Spannung.

Auch Maisam Naser hat Lampenfieber. Sie ist soziale Aktivistin, Unternehmerin und Theaterschauspielerin. Die Lebensumstände von Jugendlichen in ihrem Land Jordanien haben sie 2016 veranlasst, „Wahj Al Shams“ (Sonnenschein) zu gründen. Die gemeinnützige Organisation setzt sich für die Lösung

von gesellschaftlichen Problemen und Konflikten durch Kunst und Theater ein.

Rebellische Hippies

„In Jordanien hat Kunst einen schlechten Ruf. Nur wenige Menschen verstehen und schätzen die Kunst und ihre Wirksamkeit für einen positiven gesellschaftlichen Wandel“, erklärt Maisam. „Die Menschen hier glauben, dass Kunst und Kunstschaffende ihre eigenen versteckten Absichten haben, die weit von unserer Kultur und deren

Werten entfernt sind. Kreative werden als rebellische Hippies mit unsicherem Einkommen missverstanden. Viele junge Kreative befürchten, kein ausreichendes Einkommen zu haben und ihre Familien nicht versorgen zu können.“

Maisam hat es trotzdem geschafft, obwohl sie es als Frau noch schwerer hatte. „Viele Künstlerinnen haben Ausbeutung und Belästigung erlebt, so auch ich.“ Ihre Stimme bebt, als sie das sagt, und über ihr Gesicht fliegt ein Ausdruck von Härte und Traurigkeit.

Bühne frei: Das Theaterstück „The Suitcase“ thematisiert gesellschaftliche Probleme, mit denen Jugendliche in Jordanien konfrontiert sind.

Sie gründete Wahj Al Shams, um einen Zufluchtsort für aufstrebende Kunstschaffende und talentierte Jugendliche zu schaffen. „Ich wollte eine kleine und sichere Gemeinschaft aufbauen, in der sie Theatererfahrung sammeln, ihre sozialen Fähigkeiten verbessern, sich frei ausdrücken und aktive Mitglieder der Gemeinschaft sein können“, sagt sie. „In Jordanien fehlt es an Räumen für Jugendliche, die für ihre körperliche, soziale, kognitive und emotionale Entwicklung von grundlegender Bedeutung sind.“

Am Anfang war der Weg für Wahj Al Shams holprig. Damals hatte Maisam nicht die finanziellen Möglichkeiten, ein Büro oder einen Übungsraum zu mieten. „Ich weiß noch, wie schwer es für uns war, in öffentlichen Räumen zu proben und aufzutreten. Manchmal waren die Bedingungen wirklich hart, aber das hielt uns nicht davon ab, unsere Träume zu verwirklichen. Damals wollten wir nur gesehen und gehört werden, und wir wollten, dass die Menschen verstehen, was Kunst und Theater wirklich bedeuten“, sagt sie.

Gleiche Chancen für alle

Sechs Jahre später verfügt die Organisation über ein eigenes Büro und hat mehr als 840 eingeschriebene Schüler*innen. Der Fokus liegt nach wie vor darauf, Jugendlichen aus allen Gesellschaftsschichten in Jordanien gleiche Chancen zu ermöglichen. Gleichzeitig will Wahj Al Shams eine respektvolle, vielfältige und integrative Kunstgemeinschaft aufbauen, in der jede*r ohne Vorurteile willkommen ist und akzeptiert wird.

Einige der Teilnehmenden werden als gefährdete Jugendliche eingestuft. Sie sind Opfer häuslicher Gewalt, zeigen auffällige Verhaltensweisen, wie etwa Drogenmissbrauch und Schulabbruch, oder leiden an psychischen Störungen. Und genau das thematisiert Wahj Al Shams auch in seinen Stücken. So können die

Jugendlichen sich auf kreative Weise und in einem geschützten Umfeld mit den gesellschaftlichen Problemen ihrer Generation auseinandersetzen.

Auf Schatzsuche

Der Vorhang öffnet sich. Stück für Stück erweitert sich der Blick auf die Bühne: mehrere Sitzgruppen aus Kunststoff-Rattanmöbeln, ein Müll-eimer, im Hintergrund eine Backsteinwand. Grelles Licht von oben. An manchen Tischen sitzen junge Menschen, mal im Grüppchen, mal allein über ein Buch gebeugt.

Das Theaterstück, das heute gezeigt wird, heißt „The Suitcase“ (Der Koffer). Eine Gruppe junger Student*innen trifft sich in der Cafeteria. Unter einem der Tische entdecken sie einen mysteriösen Koffer. Sie fragen sich, was in dem Koffer sein könnte. Vielleicht verbirgt sich darin ja ein wertvoller Schatz? Doch der Koffer lässt sich nicht öffnen.

Auftritt Fathiyyeh. Die Haare mit einem bunten Tuch und Spangen aus dem Gesicht gebunden, die Schürze ebenso bunt geblümt. Vor sich her schiebt sie einen Wischmopp.

Fathiyyeh heißt eigentlich Bara'a Abu Khalid. Und im richtigen Leben ist sie auch keine Reinigungskraft, sondern Schauspielerin. „Als ich 12 Jahre alt war, habe ich mit der Schauspielerei angefangen. Theater ist immer der Ort gewesen, an dem ich der Realität für einen Moment entkommen konnte. Da konnte ich die sein, die ich in meinen Träumen werden wollte. Vor sieben Monaten entdeckte Maisam mich bei einer Theateraufführung. Sie bot mir an, in ihr Team zu kommen.“ Bara'a Abu Khalids Augen strahlen, während sie spricht. „Ich erinnere mich noch, wie aufgeregt und glücklich ich war. Für diese Möglichkeit werde ich ewig dankbar sein. Auf der Bühne fühle ich mich lebendig und dieses Gefühl möchte ich nie wieder missen.“

Zwischen 15 und 25 Jahren alt sind Maisams Schüler*innen. Sie weiß, dass es in dem Alter einfacher ist, negative Verhaltensmuster zu ändern, da die Persönlichkeiten, Ideen und Überzeugungen noch in der Entwicklung sind. Mit ihrer Arbeit will sie den Jugendlichen die Möglichkeit geben, sich selbst auf kreative Art und Weise auszudrücken.

Das Selbstwertgefühl stärken

Neben der Theaterarbeit bietet die Organisation auch psychosoziale Unterstützung an. „Das hilft unseren Schüler*innen, ihre Probleme anzugehen, ihr Selbstwertgefühl zu stärken und den richtigen Weg zu finden. Manche Fälle übersteigen unsere Kapazitäten. Dann holen wir professionelle Unterstützung aus einem Netzwerk vertrauenswürdiger Psycholog*innen, das wir uns aufgebaut haben“, erklärt Maisam. „Wir sind sehr stolz darauf, dass wir durch unsere Arbeit vielen jungen Menschen helfen konnten, von der Klippe zum Gipfel zu gelangen.“

Mustafa Al Souan ist einer ihrer Schützlinge. In „The Suitcase“ spielt er einen Studenten in schwarzer

„Wir sind sehr stolz darauf, dass wir durch unsere Arbeit vielen jungen Menschen helfen konnten“, sagt die Aktivistin und Schauspielerin Maisam Naser (links im Bild).



Hose und hellem Hemd unter einem grauen Pullunder. Er war durch eine Facebook-Anzeige auf Wahj Al Shams aufmerksam geworden. Es würden junge Künstler*innen gesucht, hieß es dort. Mustafa bewarb sich. „Ich hätte nie gedacht, dass Wahj Al Shams mein Leben verändern würde. Bevor ich dem Team beitrug, kämpfte ich mit vielen Problemen in meinem Privatleben und auch mit meiner Gesundheit. Maisam, das Team und meine Freund*innen dort haben mir sehr geholfen. Ich betrachte sie jetzt als meine zweite Familie. Ich habe in meinem Leben noch nie eine ähnliche Unterstützung erfahren.“

Die Schauspieler*innen auf der Bühne haben sich um den Koffer versammelt. Zwei von ihnen zerran an den Griffen. Es gibt ein Gerangel, wildes Gestikulieren und laute Diskussionen. Die Stimmen sind klar, artikuliert. Jede Bewegung, die Mimik und Gestik sind perfekt einstudiert.

Voller Stolz verfolgt Maisam die Aufführung. Die Jugendlichen, die bei Wahj Al Shams eingeschrieben sind, bekommen nicht nur Schauspielunterricht. Unterstützt vom forumZFD bietet die Organisation seit einiger Zeit auch Workshops zu Themen wie Konfliktbewältigung und „Do No



In den Theaterstücken von „Wahj Al Shams“ wirken Jugendliche aus allen Gesellschaftsschichten in Jordanien mit.

Harm“ an. Dabei lernen sie, darauf zu achten, dass durch ihr Handeln kein Schaden entsteht. Das trage sehr zu ihrer persönlichen Entwicklung bei, berichtet Maisam: „Ich bin überrascht, wie sehr die Jugendlichen davon profitieren. Zu sehen, wie sie auf einmal Begriffe wie Debatte und Dialog verwenden und verstehen, ist erstaunlich. Ich bin mir sicher, dass das Wissen und die Fähigkeiten, die sie jetzt haben, ihnen helfen werden, ihre Probleme besser zu bewältigen.“

Das bestätigt auch Mustafa. Er habe durch die Workshops viel gelernt, er-

zählt er: „Ich fühle mich jetzt furchtlos und in der Lage, alles zu tun, was ich will. Wahj Al Shams hat mir geholfen, gesünder zu werden und mir bewusster zu machen, welche Auswirkungen mein Verhalten auf mich und die Menschen um mich herum haben kann. Bevor ich mich dem Team anschloss, war ich sehr leichtsinnig und habe manchmal unangemessen gehandelt. Das hat mich in viele schwierige Situationen gebracht. Jetzt denke ich gründlich nach, bevor ich etwas unternehme, und ich stelle sicher, dass ich meine Entscheidungen in der Zukunft nicht bereuen werde.“

Über die Bühne hinaus wirken

Obwohl die Lebensumstände für junge Menschen in Jordanien alles andere als einfach sind, lassen sich die Teilnehmenden bei Wahj Al Shams die Hoffnung auf eine bessere Zukunft nicht nehmen. Die Unterstützung durch Partner*innen wie dem forumZFD ist dabei auf verschiedenen Ebenen wichtig. Für die eigene Professionalität ebenso wie die Wirkung auf das Publikum macht es einen großen Unterschied, ob Wahj Al Shams wie früher mit improvisierten Kostümen und ohne Dekoration auf einem öffentlichen Platz auftreten. Oder ob sie wie heute ein Bühnenkonzept mit Licht- und



Maisam Naser (rechts im Bild) im Gespräch mit zwei Mitarbeiterinnen des forumZFD-Teams in Jordanien. Die Unterstützung durch die deutsche Friedensorganisation sei sehr wichtig, sagt die Aktivistin.

Das forumZFD Jordanien arbeitet seit 2021 mit Wahj Al Shams zusammen. Seitdem haben sie eine Reihe erfolgreicher Theaterstücke aufgeführt, die verschiedene gesellschaftliche Probleme beleuchten, darunter geschlechtsspezifische Gewalt, Mobbing, Kinderheirat, Drogenmissbrauch und Frauenrechte. „The Suitcase“ wurde bereits sechsmal in verschiedenen Regionen des Landes aufgeführt: unter anderem im Royal Cultural Center in der Hauptstadt Amman, an der Universität Balqa in Salt, beim Garage-Art-Projekt in Irbid und im Flüchtlingscamp Shlenner.



Das Theaterspielen stärkt das Selbstwertgefühl der jungen Teilnehmenden und hilft ihnen in ihrer persönlichen Entwicklung – davon ist Gründerin Maisam Naser überzeugt.

Tontechnik, passenden Requisiten und Kostümen zur Verfügung haben.

„Die Zusammenarbeit mit dem forumZFD hat uns viele Türen und Möglichkeiten geöffnet. Ihr partnerschaftlicher Ansatz ist anders als die Kooperationen, die wir zuvor hatten. Sie betonen immer, wie wichtig es ist, die Zielgruppen in die Projektgestaltung einzubeziehen.“ Maisam holt etwas aus: „Am Anfang war es schwer, zu verstehen, was mit einer Fokusgruppendifferenz gemeint ist und wie sie uns bei unserer Arbeit helfen kann. Jetzt wissen wir, dass wir damit eine bessere Verbindung zu unseren Zielgruppen aufbauen können. Wir verstehen ihre Bedürfnisse und können sie in unserer Arbeit berücksichtigen. Seitdem bekommen wir auch deutlich mehr positive Rückmeldungen aus dem Publikum. Viele Zuschauende sagen, dass sie sich mit Fällen und Personen identifizieren können, die wir auf der Bühne darstellen.“

Die hitzige Stimmung auf der Bühne lässt nach. Die Studierenden in der fiktiven Cafeteria haben verstanden, dass sie den Koffer nicht öffnen können, ohne ihre gesellschaftlichen Probleme zu thematisieren. Auch das

Publikum wirkt nun ruhiger, nachdenklich. Mehrere Hände recken sich nach oben, um Aufnahmen mit dem Handy zu machen. Einige von ihnen gehören wahrscheinlich Eltern, Geschwistern oder Freund*innen der Schauspieler*innen.

Obwohl Wahj Al Shams seine Schüler*innen dazu befähigt, aktive Mitglieder der Gesellschaft zu werden, sind ihre Eltern und Familien manchmal immer noch gegen die Beteiligung ihrer Kinder an Kunst- und Theateraktivitäten. Maisam versucht deshalb, die Familien in den Prozess einzubeziehen, indem sie sie



*Die jungen Schauspieler*innen sind stolz darauf, in der Aufführung mitzuspielen – und bekommen am Ende viel Applaus.*

zu den Theaterkursen und -aufführungen einlädt. Sobald sie die positiven Auswirkungen auf ihre Kinder sehen, steigt die Akzeptanz.

„Dank Wahj Al Shams konnten viele Schüler*innen ihr Leben ändern. Einer von ihnen zum Beispiel nahm ein narkotisches Medikament, um ein psychisches Problem zu behandeln. Er wurde einem unserer Psychologen betreut und nahm an Lebenskompetenz- und Theatertrainings teil. Langsam konnte er die Einnahme der Medikamente einstellen, was für ihn und auch für uns einer der größten Erfolge war. In ähnlicher Weise haben wir rund 60 Prozent unserer Teilnehmenden, die die Schule abgebrochen hatten, geholfen, ihr Studium wieder aufzunehmen. Die meisten von ihnen studieren jetzt an Universitäten oder haben Berufsabschlüsse erworben“, schließt Maisam.

Als der Vorhang sich schließt, hallt der Applaus noch lange nach.

Jana Abdo ist Projektmanagerin des forumZFD in Jordanien. Kristin Mehler ist Referentin für Öffentlichkeitsarbeit im Kölner Büro des forumZFD.

WAS UNS **Hoffnung** MACHT

ZUKUNFT GESTALTEN

Anfang Juli nahmen 55 junge Menschen im Alter von 16 bis 25 Jahren an einem YouthCamp in Mavrovo, Nordmazedonien teil. Die jungen Aktivist*innen aus Bosnien und Herzegowina, Serbien, Montenegro, Albanien, Nordmazedonien und dem Kosovo beschäftigten sich mit der eigenen Identität, mit Konfliktanalyse und Konfliktbearbeitung, Interkulturalität, sozialer Inklusion, Partizipation und zivilgesellschaftlichem Engagement innerhalb der eigenen Gemeinschaft. Durch die Gespräche in den Arbeitsgruppen, aber auch in den Pausen lernten die Teilnehmenden die Perspektiven und Erfahrungen „der anderen“ kennen und stellten fest, dass sie einen gemeinsamen Wunsch haben: eine bessere Zukunft für alle aktiv mitzugestalten. Organisiert wurde das Jugendcamp vom forumZFD und seinem lokalen Partner RYCO, in Zusammenarbeit mit der GIZ.



SCHICKSALE KLÄREN

Die Vereinten Nationen wollen mit einer neu geschaffenen Institution das Schicksal der vermissten Menschen in Syrien klären. Seit 2011, als der Aufstand gegen den diktatorisch regierenden Machthaber Baschar al-Assad begann, verschleppte das Regime willkürlich Zehntausende Menschen. Bis heute wissen die Angehörigen nichts darüber, wo ihre Liebsten sind und was mit ihnen geschehen ist. Während al-Assad Schritt für Schritt auf die internationale Bühne zurückkehrt, kommen die UN nun zumindest auch einer langjährigen Forderung von Familien und Menschenrechtsgruppen nach.



FRIEDENSJOURNALISMUS STÄRKEN

Je nachdem, wie sie berichten, können Medien-schaffende Konflikte eher anheizen oder zu ihrer Deeskalation und konstruktiven Bearbeitung beitragen. Die daraus resultierende Verantwortung bewusst zu machen, ist das Anliegen des Friedensjournalismus. Seine Werkzeuge nutzen immer mehr Journalist*innen. Das forumZFD und viele weitere Organisationen fördern den Friedensjournalismus weltweit, u. a. in Israel & Palästina, in den Philippinen oder auf dem Westlichen Balkan.



REGENWALD SCHÜTZEN

Der sich über neun Staaten streckende Amazonas-Regenwald hat eine Schlüsselrolle beim Klimaschutz inne. Im brasilianischen Teil ist seine Abholzung nun um fast ein Drittel zurückgegangen. Umweltschützer*innen haben die Hoffnung, dass bis 2030 die illegale Abholzung in Brasilien tatsächlich beendet werden kann.



© Steven Muñoz, Pixabay

VERANTWORTUNG WAHRNEHMEN

Mit der Agenda 2030 hat sich die Weltgemeinschaft 17 Ziele für eine sozial, wirtschaftlich und ökologisch nachhaltige Entwicklung gesetzt. Im Juli beschloss die Bundesregierung den Transformationsbericht „Internationale Verantwortung und Zusammenarbeit“. Demnach will Deutschland mehr Verantwortung für die globalen Auswirkungen seines Handelns übernehmen und sich unter anderem für gerechtere Löhne, die Vermeidung von Kinderarbeit und eine verstärkte Kreislaufwirtschaft einsetzen. Zudem soll nach dem Wunsch Deutschlands die Weltbank reformiert werden: Neben Geldern zur Bekämpfung von Hunger und Armut soll diese zukünftig auch Mittel für Klima- und Naturschutz bereitstellen.



MÜLL VERMEIDEN

In vielen Ländern, insbesondere im Globalen Süden, werden Mensch und Natur für die Produktion oft billiger Kleidungsstücke und Elektrogeräte ausgebeutet. Hierzulande landen viele dieser Produkte dann unverkauft auf dem Müll. Zukünftig ist dieses Vernichten verboten. Das sieht die neue Ökodesign-Verordnung der EU vor. Nachhaltige Produkte sollen demnach zur Norm und die Lebensdauer eines Produkts nicht mehr durch „Designmerkmale“ begrenzt werden. Stattdessen müssen Reparaturen und Updates über einen deutlich längeren Zeitraum als bisher ermöglicht werden.



© Dinh Khoi Nguyen, Pixabay

„Eine einmalige Lebenserfahrung“

Eindrücke aus der zehnwöchigen Weiterbildung in der Friedens- und Konfliktarbeit

Von Merle Jakobus

Ob aus Kambodscha, Guatemala oder Kongo – die zehn Teilnehmenden der Vollzeitweiterbildung in der Friedens- und Konfliktarbeit kommen aus der ganzen Welt und bringen unterschiedlichste Erfahrungen mit. Doch eins verbindet sie alle: ihr Engagement für eine friedlichere Welt. In einem zehnwöchigen Kurs an der Akademie für Konflikttransformation konnten sie ihr Wissen vertiefen und voneinander lernen.



Es ist Mitte März. Der Himmel in Königswinter ist bewölkt und es ist regnerisch. Das Städtchen liegt knapp neun Kilometer Luftlinie von Bonn entfernt direkt am Rhein. Von außen würde man nicht ahnen, welch spannende Gruppe sich aktuell dort im Arbeitnehmer-Zentrum aufhält. Jedes Jahr kommen hier rund zehn Teilnehmende aus verschiedenen Ländern für eine zehnwöchige Weiterbildung in der Friedens- und Konfliktarbeit zusammen. In dieser Zeit beschäftigen sie sich intensiv mit Ansätzen der Konfliktanalyse, lernen Methoden und Werkzeuge kennen und setzen sich mit ihrer eigenen Rolle in der Friedens- und Menschenrechtsarbeit auseinander.

Konfliktverständnis vertiefen

Der Kurs ist vor drei Tagen gestartet. Die Teilnehmenden finden sich gerade für die zweite Lerneinheit des Tages im Kursraum ein. Sie nehmen im Stuhlkreis Platz und warten gespannt, wie es weitergeht. Auf dem Programm steht für heute die Klärung grundlegender Begriffe. Doch als die Kursleitenden anfangen zu diskutieren und sich gegenseitig zu beschuldigen, ist es plötzlich ganz still im Raum. Keine*r der beiden scheint etwas für die anstehende Einheit vorbereitet zu haben. „Ich habe dir doch gesagt, dass ich es nicht mehr schaffe, mich darum zu kümmern“, sagt die Kursleiterin Irene vorwurfsvoll. Ihr Kollege Robert streitet das ab. Nach weiteren Schuldzuweisungen stürmt er entrüstet aus der Tür.

Im Raum ist es leise. Niemand traut sich, etwas zu sagen. Was ist gerade passiert? Genau das fragt Robert die Teilnehmenden, als er nach wenigen Augenblicken lachend zurückkehrt. So schnell, wie es ernst wurde, ist die Stimmung auch schon wieder gelockert. Es fallen Begriffe wie „Konflikt“ und „Missverständnis“. Die Teilnehmenden stellen fest, dass in dem simulierten Streitgespräch die Kommunikation das eigentliche Problem war: Die vermeintlichen „Streithähne“ schienen nicht daran interessiert zu sein, das eigentliche Problem zu lösen.

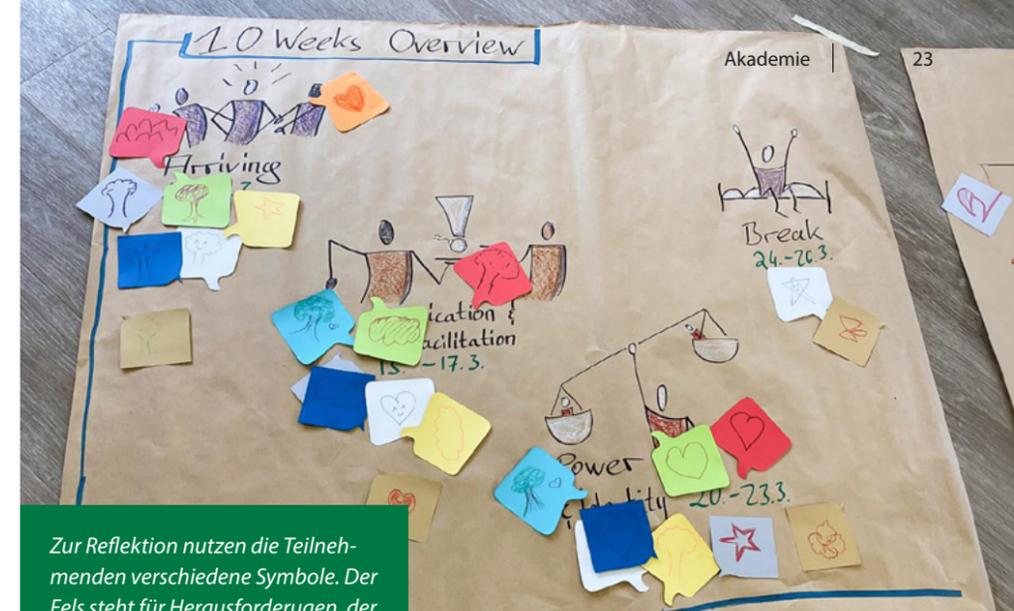
Mit dieser kurzen Schauspieleinlage leiten Irene und Robert zu einem neuen theoretischen Ansatz über. Bei diesem liegt der Fokus vor allem auf den zwischenmenschlichen Beziehungen in einem Konflikt. Die Teilnehmenden lernen dabei, wie wichtig es ist, Konflikte ganz genau und auf verschiedenen Ebenen zu analysieren.

Obwohl sich die Teilnehmenden gerade einmal vier Tage kennen, wirken sie schon jetzt sehr vertraut. Sie lachen viel und hören einander aufmerksam und interessiert zu. Weitergehenden Fragen wird stets Raum gegeben. So entstehen oft kleine Zwischengespräche über Themen, die die Teilnehmenden umtreiben. Das sind vor allem der Krieg in der Ukraine und die Frage, wie Friedensarbeit in solchen Zeiten funktionieren kann. Dazu erzählen die Kursleitenden von der aktuellen Arbeit des forumZFD in der Ukraine. Aber auch die Teilnehmenden berichten von ihrer Arbeit in anderen Regionen der Welt, die oft unter schwierigen Bedingungen stattfindet. Dieser Freiraum für Erfahrungsaustausch wird in dem Kurs bewusst zugelassen, denn so lernen die Teilnehmenden einander besser kennen und finden Antworten auf ihre Fragen.

„Es tut gut zu wissen, dass wir alle ähnlichen Herausforderungen gegenüberstehen“, sagt zum Beispiel Carlos Armando Juárez Ramírez. Von der Projektarbeit in anderen Ländern könne man viel für die eigene Arbeit lernen. Er selbst ist Anwalt und kommt aus Guatemala, wo er sich für Menschenrechte einsetzt.

„Das ist kein endgültiger Abschied – das ist ein Auf Wiedersehen“

Zehn Wochen später: Es ist der vorletzte Tag des Kurses. In den Gesichtern der Teilnehmenden spiegeln sich gemischte Gefühle. Da ist einerseits die Freude auf Zuhause. Auf Familie, Freund*innen und anstehende



Zur Reflektion nutzen die Teilnehmenden verschiedene Symbole. Der Fels steht für Herausforderungen, der Baum für Inspiration, das Herz für Verbundenheit und der Stern für Highlights.

Projekte. Aber andererseits sind sie auch traurig, ihr „Zuhause“ der letzten zehn Wochen zu verlassen. Und ganz besonders die Menschen, die sie hier kennengelernt haben. Das Miteinander im Kursraum ist harmonischer denn je. Es ist deutlich zu spüren, wie sehr die internationale Gruppe zusammengewachsen ist. Gemeinsam haben sie gelacht, gegrübelt, Ideen entwickelt und einander inspiriert.

Der vorletzte Tag widmet sich daher dem Rückblick auf die vergangenen Wochen. Auf dem Boden liegen dazu drei große Plakate, auf denen der Kursverlauf mit den einzelnen Themenabschnitten abgebildet ist. Mithilfe von Symbolen und Kommentaren können die Teilnehmenden veranschaulichen, wie sie die einzelnen Einheiten wahrgenommen haben. Was waren Highlights? Welche Themen waren besonders herausfordernd? Aus welcher Woche nehmen sie am meisten für ihre Arbeit mit?

Die Eindrücke sind sehr unterschiedlich. Je nach ihren individuellen Arbeitshintergründen waren verschiedene Seminareinheiten besonders hilfreich. Die Einheiten zu Selbstfürsorge sowie Macht und Identität waren für alle ungemein wichtig.

Emotional aufwühlend aber lehrreich war die Auseinandersetzung mit dem Thema Kolonialisierung. Dabei wurde den Teilnehmenden bewusst, wie wichtig klare Kommunikation und Sensibilität auch innerhalb der eigenen Gruppe sind.

Menschenrechtsanwalt Carlos Armando Juárez Ramírez findet: „Der Kurs ist eine einmalige Lebenserfahrung.“ Bei einem sind sich alle sehr sicher: „Das ist kein endgültiger Abschied – das ist ein Auf Wiedersehen.“

Die Akademie für Konflikttransformation

Die Akademie des forumZFD ist ein Lernort für professionelle, internationale Friedens- und Konfliktarbeit. Seit 1997 bilden wir Fachkräfte in Ziviler Konfliktbearbeitung aus. Unsere Bildungsarbeit basiert auf der Überzeugung, dass gewaltfreie, konstruktive Konfliktbearbeitung lehr- und erlernbar ist. Unsere Absolvent*innen leisten wichtige Beiträge auf dem Weg zu einer Gesellschaft, die Konflikte gewaltfrei bearbeitet. Sie sind international und in allen Tätigkeitsbereichen der Friedens- und Konfliktarbeit im Einsatz.



forumZFD

Mitmachen und gewinnen!

Senden Sie das Lösungswort des Rätsels per E-Mail an kontakt@forumZFD.de oder postalisch an:
Forum Ziviler Friedensdienst e. V.,
Am Kölner Brett 8, 50825 Köln.

Sie nehmen dann automatisch an der Verlosung teil. Einsendeschluss ist der 8. September 2023. Die drei Gewinner*innen erhalten je eine Kühltasche unserer Kommunalen Konfliktberatung.

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



Illustrationen: © freepik.com



1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13

Lösungshinweis: Umlaute brauchen nur ein Kästchen.
Die Auflösung des Rätsels finden Sie ab dem 11.09.2023 unter:
www.forumZFD.de/raetsel

Die Rätselfragen:

- Das Magazin des forumZFD erscheint ...-mal im Jahr.
- Am 6. September plant das forumZFD eine Protestaktion vor dem Deutschen ...
- Sven Lehmann ist „... -Beauftragter“ der Bundesregierung.
- Mit einem neuen Gesetz will die Bundesregierung die ... fördern.
- Vom 7. bis zum 10. Juni hatte das forumZFD einen Stand beim „Deutschen Evangelischen ...“
- Seit wie vielen Jahren ist Deutschland Mitglied der Vereinten Nationen?
- Die Abkürzung „SDGs“ steht für: Sustainable ... Goals.
- Zusammen mit welchem Land leitet Deutschland den UN-Zukunftsgipfel 2024?
- Wo befindet sich die Geschäftsstelle des forumZFD?
- Am 16. Juni veranstalteten das forumZFD und pax christi Aachen den Aachener ...
- Um welchen Gegenstand geht es in einem Theaterstück, das eine Partnerorganisation des forumZFD kürzlich in Jordanien auf die Bühne brachte?
- Wie heißt die Hauptstadt von Jordanien?
- In welchem Land veranstaltete das forumZFD Anfang Juli ein Jugendcamp?
- Das forumZFD fordert eine „... statt Zeitenwende“

Landschaft: © Sasin Tipchai, Pixabay / Adobo: © Joyceeth, Pixabay / Brokkoli: © Robert Owen-Wahl, Pixabay



Philippinisches „Hähnchen Adobo“ mit Brokkoli

Adobo ist das Nationalgericht der Philippinen. Der besondere Geschmack entsteht durch die Kombination aus Süße, Säure und Salz. In den verschiedenen Regionen wird es überall etwas anders zubereitet. Unsere Kollegin Elizabeth Borde aus dem Philippinen-Team hat uns eine Variante mit Brokkoli empfohlen. Das Gericht schmeckt besonders gut mit Reis. ■

Zutaten:

- 1 Zwiebel
- 3 Knoblauchzehen
- 1 mittelgroßer Brokkoli
- 6 Hähnchenschenkel
- ¼ Tasse Sojasauce
- ¼ Tasse Zitronensaft
- 3 Lorbeerblätter
- ½ Teelöffel brauner Zucker
- Je ½ Teelöffel Pfeffer und Salz
- 1 Esslöffel Öl

Zubereitung:

Zuerst die Zwiebel klein schneiden und den Knoblauch pressen. Den Brokkoli in Röschen schneiden. Das Fleisch waschen. Dann die Zwiebel und den Knoblauch in einer Pfanne mit Öl anbraten. Wenn die Zwiebeln glasig sind, das Hähnchenfleisch hinzugeben und anbraten. Anschließend die Sojasauce, den Zitronensaft, Zucker, Salz, Pfeffer und die Lorbeerblätter hinzufügen. Alles ungefähr drei Minuten köcheln lassen und dann den Brokkoli hinzugeben. Nach zwei Minuten den Brokkoli herausnehmen und zur Seite stellen. 240 ml Wasser in die Pfanne hinzugeben und ca. 15 Minuten mit Deckel köcheln lassen, bis das Fleisch gar ist. Zum Schluss zusammen mit dem Brokkoli servieren.

Den Frieden stark machen – nachhaltig und unabhängig

Warum das forumZFD Spenden braucht

Für unsere weltweite Friedensarbeit in Kriegs- und Krisenregionen erhalten wir im forumZFD jährlich mehr als 10 Millionen Euro an öffentlichen Fördergeldern. Als Organisation mit vielfältigen Aufgaben, die sich zudem kritisch mit der deutschen Politik auseinandersetzt, können wir jedoch auf unabhängige Finanzquellen nicht verzichten. Spenden, die Sie uns anvertrauen, setzen wir dort ein, wo es am dringendsten ist: für neue Friedensprojekte, für Bildungsarbeit an Schulen, für unsere politische Arbeit und Öffentlichkeitsarbeit.

Als Russland im Februar 2022 seinen Angriffskrieg auf das gesamte Staatsgebiet der Ukraine begann, musste es schnell gehen. Unsere Partner vor Ort passten innerhalb kürzester Zeit ihre Friedensarbeit an. Sie koordinierten die Versorgung der Menschen mit Lebensmitteln und Medikamenten, schufen sichere Räume für Austausch und gegenseitigen Beistand, initiierten psychosoziale Unterstützung für innerhalb der Ukraine geflüchtete Kinder. Entscheidend dabei: Unsere Partner konnten sich darauf verlassen, dass das forumZFD weiterhin an ihrer Seite steht, auch finanziell. Dieses Versprechen konnten wir so nur geben, weil wir Spendengelder zur Verfügung hatten.

Frieden lernen von klein auf

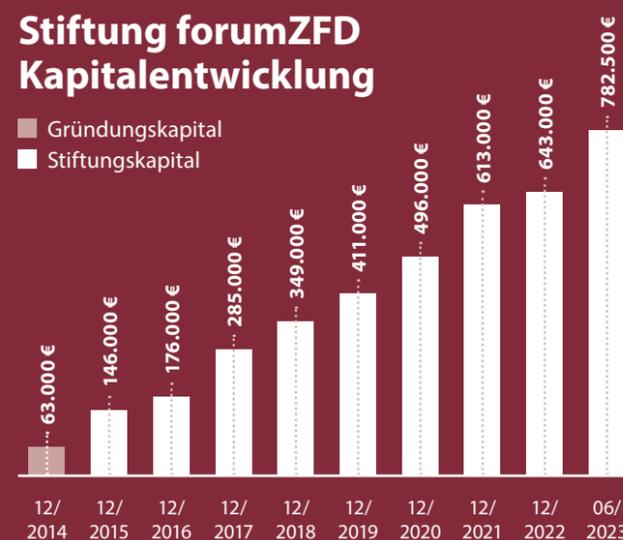
Der Krieg gegen die Ukraine beschäftigte auch Kinder und Jugendliche in Deutschland. Immer mehr Lehrkräfte interessierten sich für unsere kostenfreien Unterrichtsmaterialien und Workshops. Altersgerecht erfahren Kinder und Jugendliche darin, wie Kriege und Konflikte entstehen, wie Frieden und Versöhnung gelingen können und was sie selbst für ein friedliches Miteinander im Schulalltag sowie für Kinder in Kriegs- und Krisengebieten tun können. Für die Organisation und Durchführung der Angebote waren und sind Spenden unverzichtbar.



© AJ_Wart, istockphoto.com

Stiftung forumZFD Kapitalentwicklung

■ Gründungskapital
■ Stiftungskapital



Konto für Zustiftungen

GLS-Gemeinschaftsbank
IBAN DE89 4306 0967 1062 9128 00

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

Friedenswende statt Zeitenwende

Spätestens mit der Zeitenwende-Rede des Bundeskanzlers war klar: Deutschland würde zukünftig sehr viel Geld für eine militärisch ausgerichtete Sicherheitspolitik ausgeben. Gleichzeitig drohten Kürzungen bei den Etats für internationale Zusammenarbeit und Entwicklung. Mit der Kampagne „Frieden stark machen“ reagierten wir auf diesen besorgniserregenden Kurs. Mit Erfolg: Der Bundestag nahm die von der Regierung geplanten Kürzungen zurück. Mit der Aktion „Friedenswende jetzt!“ nehmen wir nun den Bundeskanzler in die Pflicht, sich für weltweite Abrüstung und mehr Investitionen in die Friedensförderung einzusetzen. Solche wichtigen und wirksamen Kampagnen können wir nur mit Spenden finanzieren.

Zivilgesellschaft stark machen

Vierorts geraten Friedensinitiativen immer stärker unter Druck. Staatlich angeordnete Repressalien nehmen zu. Jetzt kommt es auf uns an! Wir stehen fest an der Seite unserer Partner. Als internationale Organisation können wir auf Missstände aufmerksam machen. Wir können darauf drängen, dass Politiker*innen Menschenrechtsverletzungen adressieren und sich für die Zivilgesellschaft in Kriegs- und Krisenregionen starkmachen.

Weltweit steigt der Bedarf an Friedensarbeit, während internationale Unterstützung stagniert oder gar abnimmt. Für uns ist klar: Wir müssen auch über den staatlich geförderten Zivilen Friedensdienst hinaus aktiv werden. Wir müssen humanitäre Hilfe, Entwicklungs- und Friedensarbeit stärker verknüpfen. Gemeinsam mit Ihnen wollen wir als starke und unabhängige Organisation unseren Beitrag leisten zu einer Welt, in der alle Menschen in Sicherheit und Würde leben können. Ihre Spenden helfen entscheidend dabei, dass uns dies gelingen kann. ■

So können Sie das forumZFD unterstützen:

Regelmäßig spenden

Frieden braucht kontinuierliche Aufmerksamkeit und Pflege. Mit einer regelmäßigen Spende (Einzugsermächtigung oder Dauerauftrag) leisten Sie dazu einen entscheidenden Beitrag.

Mitglied werden

Wir freuen uns sehr über neue Mitglieder, die mit uns gemeinsam das forumZFD und seine Arbeit stärken und weiterentwickeln. Der Beitrag liegt bei 180 Euro im Jahr (ermäßigt 90 Euro).

Spenden oder Stiften im großen Stil

Sie möchten einen größeren Betrag für den Frieden einsetzen? Gerne besprechen wir mit Ihnen, wie Sie dies besonders wirkungsvoll tun können.

Spenden statt Geschenke

Freudige, aber auch traurige Anlässe wecken häufig den Wunsch, im Familien- und Freundeskreis um Spenden für ein Herzensanliegen zu bitten. Wir unterstützen Sie gerne bei der Umsetzung.

Wir beraten Sie gerne

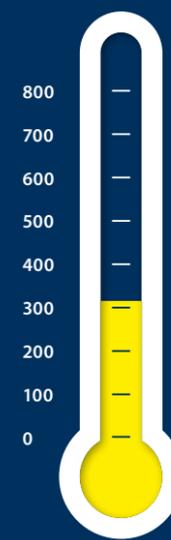
Bei Fragen rund um das Thema Spenden und Mitgliedschaft hilft Ihnen unsere Referentin für Spendenkommunikation weiter:



Petra Gramer
E-Mail: gramer@forumZFD.de
Telefon: 0221 – 91 27 32-32

forumZFD Spendenbarometer

Zielsetzung 2023: **645.000 €**
Stand 30.06.2023: **309.000 €**



Das forumZFD ist Unterzeichner der „Initiative Transparente Zivilgesellschaft“:
www.forumZFD.de/initiative-transparente-zivilgesellschaft



Spendenkonto forumZFD e. V.

GLS-Gemeinschaftsbank
IBAN DE90 4306 0967 4103 7264 00

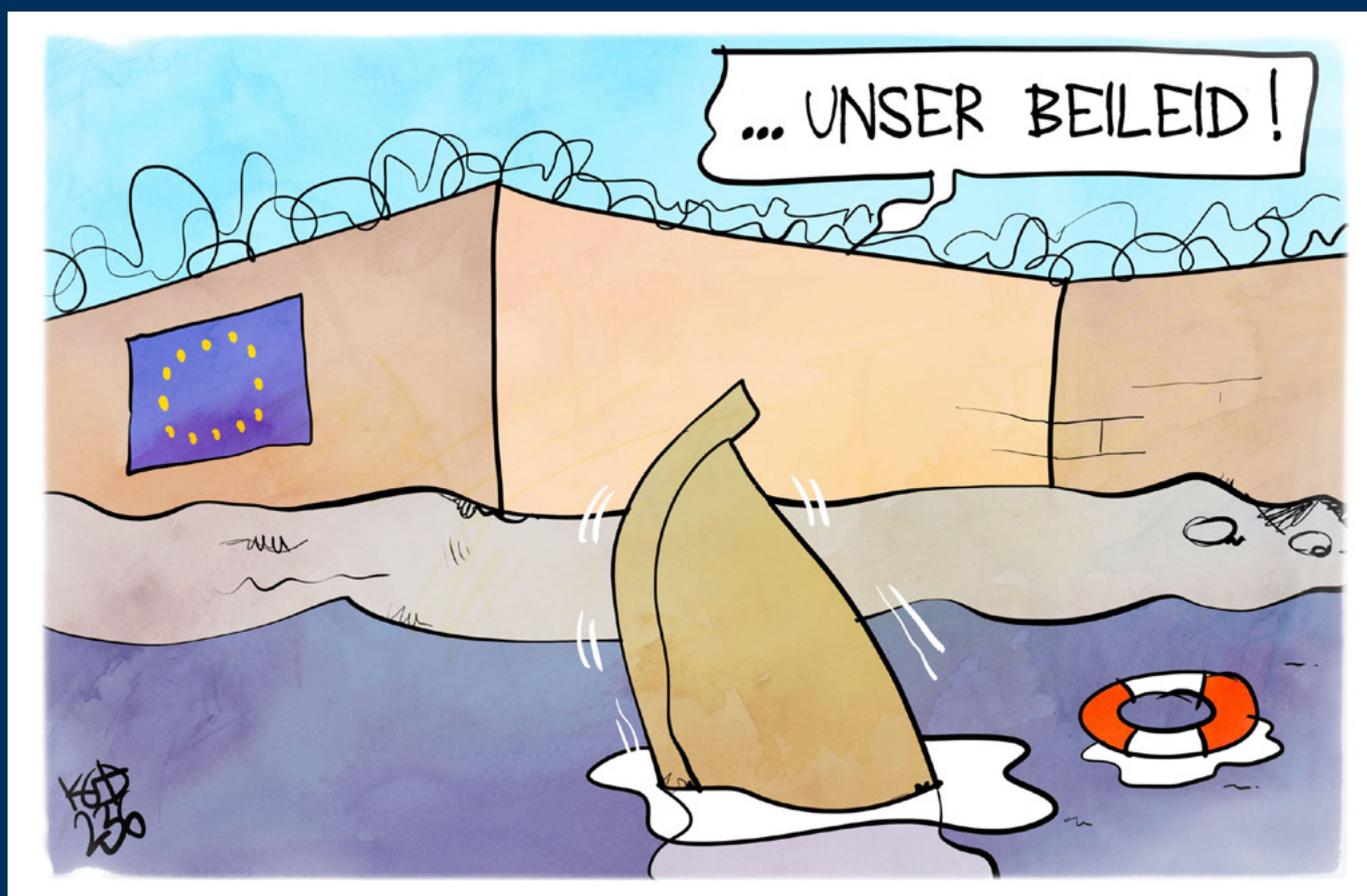
Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

**„Die wahre Politik kann [...] keinen Schritt tun,
ohne vorher der Moral gehuldigt zu haben.“**

Immanuel Kant (1724 – 1804), deutscher Philosoph.
Aus: Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf.
Anhang. I. Über die Missheiligkeit zwischen der Moral und der Politik,
in Absicht auf den ewigen Frieden.



forumZFD



mit freundlicher Genehmigung von Kostas Koufajorgos

Entschieden für Frieden

forumZFD
Forum Ziviler Friedensdienst e. V.
Am Kölner Brett 8
50825 Köln

Telefon 0221 – 91 27 32-0
Fax 0221 – 91 27 32-99
E-Mail kontakt@forumZFD.de
www.forumZFD.de

Spendenkonto:
GLS Gemeinschaftsbank
IBAN DE90 4306 0967 4103 7264 00
BIC GENODEM1GLS